

Der Fall Russland: Korruption als Kollateral- schaden der Transformation?

Von Petra Stykow*

Zusammenfassung: Der Mainstream der Korruptionsforschung schreibt das hohe Ausmaß an Korruption im postkommunistischen Russland dem Design und der Umsetzung der Marktreformen seit Anfang der 90er Jahre zu. Tatsächlich kann die Zunahme von Bestechung den Turbulenzen des Übergangs plausibel zugerechnet werden. Erweitert man die Betrachtung jedoch um die klientelistisch regulierte „parochiale Korruption“, dann ist zwar deren Weiterexistenz den Mängeln der Reformpolitik anzulasten, nicht aber ihre Ursache. Diese liegt vielmehr in der unvollständigen Ausdifferenzierung der Sphären „Politik“ und „Wirtschaft“. Die Verflechtung beider Bereiche hat in Russland eine lange Tradition, die durch die Reformen bisher nicht gebrochen wurde und sich in jüngster Zeit wieder verstärkt hat. Die Aussichten erfolgreicher Korruptionsbekämpfung müssen deshalb auch unter der demokratietheoretischen Perspektive des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft bewertet werden: Angesichts der neoautoritären Rekonstituierungstendenzen des russischen Staates unter Putin stehen sie unter Umständen günstig für die Eindämmung marktförmiger, nicht aber parochialer Korruption.

Summary: Corruption economics usually attributes the pervasiveness of corruption in post-communist Russia to the shortcomings of market reforms. While this seems to be an adequate explanation of the dramatic increase of monetarized corruption during transition, it misses the other side of the coin: In addition to „market corruption“ Russia is plagued by clientelistic „parochial corruption“, a consequence of the incomplete separation between political and economic spheres. Not eliminated during the early 1990s, this intertwining of business and politics has been reinforced during the last few years, accompanied by increasing levels of parochial corruption. Hence, combating corruption of both forms needs more than merely anti-corruption strategies, namely the redefinition of relationships between state and society as cornerstone of democratic institution-building. While Putin's neo-authoritarian reconstitution of the Russian state actually may yield effective campaigns against market corruption, the prospects to contain parochial corruption remain rather bleak.

1 „Systemische Korruption“ im postkommunistischen Russland

Im internationalen Vergleich gehört Russland zu den Ländern, die als hochgradig korrupt wahrgenommen werden. Gemeinsam mit Mosambik belegt es auf der Rangliste von *Transparency International* Platz 86 unter 133 Staaten (TI 2003).¹ Nicht nur im Alltag, auch in der russischen Wirtschaft ist dieses Phänomen allgegenwärtig: 80 bis 90 % der russischen Manager geben an, dass sie gelegentlich oder häufig korrupte Praktiken anwenden (Satarov

* Ludwig-Maximilians-Universität München, E-Mail: petra.stykov@lrz.uni-muenchen.de

¹ Der betreffende Korruptionsperzeptionsindex (CPI) beträgt 2,7 auf einer Skala zwischen 10 („hochgradig sauber“) und 0 („hochgradig korrupt“); zur Methodik vgl. Lambsdorff (2002). Aus der inzwischen umfangreichen Literatur über Korruption in Russland vgl. besonders Frye (1998, 2002), Mildner (1995), Oswald (2002), Pritzl (1998), Radaev (2000), Shlapentokh (2003), Varese (2000).

Tabelle 1

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in der Wahrnehmung russischer Unternehmer In % der Antworten

Problembereich	Bedeutung des Problems			
	ohne	gering	mäßig	groß
Inflation	3,6	8,4	21,4	66,5
Steuern und Regulierungen	2,5	7,1	25,7	64,8
Policy-Instabilität	3,5	12,3	21,6	62,6
Wechselkursschwankungen	13,0	15,0	19,4	52,6
Finanzierung	10,3	10,3	27,6	51,8
Organisierte Kriminalität	24,2	26,9	17,2	31,7
Straßenkriminalität	21,2	27,9	21,0	29,9
Korruption	23,3	26,3	22,0	28,3
Wettbewerbswidriges Verhalten anderer Unternehmen/der Regierung	18,4	26,3	28,8	26,5
Arbeit der Justiz	33,4	35,7	15,3	15,5
Infrastruktur	38,9	27,4	19,1	14,6

Quelle: WBES (2000).

2001, Johnson et al. 2000: 497). Etwa die Hälfte von ihnen sieht darin ein schwerwiegendes oder zumindest deutlich spürbares Hindernis für ihre geschäftlichen Aktivitäten.²

Der Eindruck, den solche Angaben hervorrufen, bleibt jedoch unvollständig, wenn man sie isoliert betrachtet. Bei einem Vergleich mit anderen Belastungen zeigt sich nämlich, dass Korruption keineswegs Spitzenwerte erreicht. Als weitaus drängender erscheinen Steuern und Regulierungen, deren Ausmaß sogar von 90,5 % der Unternehmer als schwerwiegendes bzw. mäßiges Hindernis der Geschäftstätigkeit bewertet wird, Inflation (87,9 %), Unberechenbarkeit der Politik (*policy instability*, 84,2 %) und einige weitere Probleme (Tabelle 1).³

Aus diesem Stellenwert von Korruption innerhalb des Problembündels, das die Handlungsumwelt von Wirtschaftsakteuren kennzeichnet, ergibt sich eine wichtige Schlussfolgerung: Korruption ist häufig ein Hindernis lediglich zweiter Ordnung. Durch Bestechung von Staatsbediensteten können primäre Hindernisse umgangen oder überwunden werden, so dass etwa unerwünschte Regeln nicht gesetzt bzw. implementiert, fällige Steuern nicht erhoben werden usw.

Die weite Verbreitung korrupter Praktiken kann gerade in Russland kaum überraschen, folgt man einer populären These, die der Weltbank-Experte Daniel Kaufmann wie folgt auf den Punkt bringt:

² Zum Vergleich: Als „major obstacle“ bzw. „moderate obstacle“ ihrer Tätigkeit wird Korruption von 38,6 % der spanischen, 38,3 % der polnischen sowie 21,7 % der estnischen Unternehmer bezeichnet – und sogar nur von 5,3 % der britischen Respondenten. In Deutschland beträgt der entsprechende Wert 24,5 %, ähnlich wie für die USA (24,2 %)(WBES 2000).

³ Die größere Relevanz dieser Themen im Vergleich zu Korruption folgt im Übrigen einem globalen Trend (vgl. Umfragedaten des WBES 2000).

„Half-baked, poorly designed, inadequately implemented market reforms may indeed boost corruption. Well-designed and properly executed market reforms do not“ (Kaufmann 1997: 122).

Als empirische Belege für die Gültigkeit des Arguments erscheinen einerseits Russland mit seinen widersprüchlichen, verzögerten und „verzerrten“ Marktrefor­men, andererseits etwa Estland (Holmes 2000), wo ein Korruptionsniveau, das niedriger ist als in Italien und erst recht in Griechenland (vgl. TI 2003), mit als vorbildlich bewerteten Wirtschaftsreformen zusammengeht.

Wenn das (fehlerhafte) Design und die (misslungene) Umsetzung der Wirtschaftsreformen seit 1991 für die korrupte „Durchdringung“ Russlands (Varese 2000) verantwortlich sind, dann ist dies als „Kollateralschaden“ der Transformation anzusehen. Er erwächst aus der Unfähigkeit des Staates, die Funktionsvoraussetzungen von Märkten zu sichern. Unternehmer greifen deshalb zu Korruption, um ihre Existenz zu sichern; öffentlich Bedienstete eines ineffizienten Staates können die in seinem Namen ausgeübten Entscheidungskompetenzen zum persönlichen Vorteil faktisch privatisieren; die Sanktionskapazitäten für „abweichendes“ Verhalten sind schwach.

Ich werde im Folgenden zeigen, dass diese These ihre Eindeutigkeit einem verengten, weil „monetarisierten“ Begriff von Korruption verdankt: Die Zunahme von „marktförmiger“ Korruption in Verwaltung und Politik (Abschnitt 2), die im Zentrum der jüngeren – wirtschaftswissenschaftlich dominierten – Forschung steht, kann den Turbulenzen des Übergangs tatsächlich plausibel zugerechnet werden. Erweitert man die Betrachtung jedoch um eine weitere Form der Korruption, die klientelistisch organisiert und nicht (oder kaum) monetarisiert ist („parochiale Korruption“, Abschnitt 3), dann ergibt sich eine andere Perspektive: Zwar ist die Weiterexistenz von Korruption den Mängeln der Reformpolitik anzulasten, ihre Ursache jedoch nicht oder nicht ausschließlich.

Diese liegt vielmehr in der unvollständigen Ausdifferenzierung der Sphären „Politik“ und „Wirtschaft“, mithin in einem historisch verwurzelten Phänomen, das durch die politischen Reformen seit Ende der 80er Jahre nicht beseitigt worden ist. Da die Politik das Primat über die Ökonomie (weiterhin bzw. wieder) beansprucht, bleiben die Funktionsbedingungen Letzterer prekär. Sie müssen immer wieder neu und individuell abgesichert werden, wofür die klientelistische Tradition gesellschaftlicher Interaktionen in Russland günstige Voraussetzungen schafft. Es gibt Hinweise darauf, dass mit dem Abschluss der unmittelbaren Übergangsperiode seit etwa Mitte der 90er Jahre eine „Retraditionalisierung“ korrupter Praktiken eingesetzt hat (Abschnitt 4). Hinter einem eventuell gleich bleibend hohen Korruptionsniveau verbergen sich daher möglicherweise gegenläufige Entwicklungstrends ihrer Erscheinungsformen. Die Erkenntnisse, die aus einer solcherart erweiterten Perspektive resultieren, verändern auch die Sicht auf Erfolg versprechende Strategien der Korruptionsbekämpfung (Abschnitt 5).

2 Administrative Korruption, „State Capture“ und „Influence“

Korruption bei der Regelimplementation

Im Jahresdurchschnitt werden in der russischen Wirtschaft schätzungsweise 33,5 Mrd. US-Dollar Bestechungsgelder gezahlt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Ausgaben für Kleinkorruption (*petty corruption*): Drei Viertel des Marktes für korrupte Verwaltungsdienstleistungen liegen auf kommunaler, 20% auf regionaler und nur 5% auf nationaler Ebene. 98,97% der „alltäglichen“ Bestechungsgelder gehen an exekutive Staatsorgane und dienen vorrangig dazu, die Aufsichtstätigkeit der Behörden (34,6%), die Lizenzerteilung (43,2%) und die Steuererhebung (22%) zu beeinflussen. Entsprechend sind ihre wichtigsten Adressaten in der Steuerinspektion (18,3%), aber auch in den Brandschutz- (5,9%) und Hygienebehörden (5,6%) zu finden (Satarov 2001). Die Daten messen demzufolge das Ausmaß so genannter „administrativer Korruption“ im Sinne privater Zahlungen an Staatsbedienstete, die die Implementation ordnungspolitischer Spielregeln verzerren (Hellman et al. 2000: 2).

Das Ausmaß administrativer Korruption unterscheidet sich erstens nach der sektoralen Zugehörigkeit: Besonders betroffen davon sind Unternehmen in Sektoren mit schnellem Kapital- und Bargeldumlauf (Finanzsektor, Groß- und Einzelhandel, Gaststättengewerbe, Dienstleistungen), die von Leistungen der Verwaltung existentiell abhängen. Ein zweiter Faktor besteht in der Wahl der Interaktionsstrategie von ökonomischen gegenüber staatlichen Akteuren, die zum Teil mit der Unternehmensgröße korreliert: Besonders stark in korrupte Praktiken involviert sind Unternehmen, die gezielt auf die „Behördenkarte“ setzen und enge Beziehungen zur Verwaltung anstreben, um ihre Wirtschaftstätigkeit zu sichern. Sie finden sich überdurchschnittlich häufig einerseits wiederum in bestimmten Sektoren (Land-, Energie- und Brennstoffwirtschaft, Druck- und Verlagswesen), andererseits unter Großunternehmen. Weniger relevant ist Korruption hingegen für jene Unternehmer, die eine „passive“ Strategie verfolgen, d. h. auf entsprechende Forderungen durch Ämter reagieren, ohne nach Gelegenheiten für Bestechung zu suchen („extortive Korruption“). Sie ist für mehr als zwei Drittel der russischen Wirtschaftsakteure charakteristisch, darunter insbesondere für Kleinunternehmer. Die geringste Betroffenheit durch Korruption verzeichnen schließlich jene Firmen, die Kontakte mit dem Staat ganz zu vermeiden suchen, darunter überdurchschnittlich viele Großunternehmen (Radaev 2000, Satarov 2001).

Korruption bei der Regelsetzung

Neben der nachträglichen Korrektur von Entscheidungen durch administrative Korruption ist auch die Intervention von Wirtschaftsakteuren bereits in einem vorangehenden Stadium, dem der Regelsetzung, zu beobachten. Von Korruption betroffen sind dabei die Regulierungspolitik und die Formulierung von grundsätzlichen Spielregeln für die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat. Dieser Typ der Korruption steht im Mittelpunkt einer viel beachteten Weltbank-Studie (Hellman et al. 2000), deren Autoren dafür die Bezeichnung *state capture* in die Literatur eingeführt haben, womit – in Analogie zum Konzept des *regulatory capture* – die „Kolonisierung“ des Staates durch mächtige Interessengruppen gemeint ist (vgl. auch Philp 2002: 28). Der Terminus entspricht weitgehend dem Begriff der „politischen Korruption“ im konventionellen politikwissenschaftlichen Verständnis, das freilich eine zusätzliche Konnotation ins Spiel bringt: „Politische Korruption“ wird hier

als eine der Strategien der Interessenverfolgung von ökonomischen gegenüber politischen Akteuren konzeptionalisiert (Alemann und Kleinfeld 1992: 278–279). Sie gilt als illegitimes bzw. illegales „funktionales Äquivalent“ zu (verbandlichem oder nichtverbandlichem) Lobbyismus, zur Beteiligung an institutionalisierten Konsultationen und zu Konzertierungen zwischen Politik und Wirtschaft.

Hellman et al. identifizieren als Alternative zu *state capture* eine weitere Strategie, die sie „Einfluss“ (*influence*) nennen.⁴ Sie konzeptionalisieren sie als *nicht* korrupte Praxis der Modifikation von Spielregeln zwischen Wirtschaft und Politik. Ich werde die Fragwürdigkeit dieses Vorgehens später diskutieren und resümiere zunächst die Begründung der Autoren dafür: *Influence* beruht erstens nicht auf „illicit and non-transparent private payments to public officials“, sondern auf nicht monetär vermittelten Transaktionen zwischen ökonomischen und politischen Akteuren, die sowohl aus der wirtschaftlichen Bedeutung, der Größe und der Eigentümerstruktur erwachsen können als auch aus dem politischen Gewicht der Unternehmen oder ihrer Einbindung in Netzwerke.⁵ Zweitens kommen die bei diesen Aktivitäten erzielten Renten, so Hellman et al., nicht Amtsträgern zugute, sondern den Unternehmen selbst – im Unterschied zur administrativen Korruption, durch die vor allem Beamte finanziell profitieren, und zu *state capture*, wo sowohl die Unternehmen als auch Beamte die Renten einstreichen (Hellman et al. 2000: 6). Der Tatbestand der (monetären) Vorteilsnahme infolge „Missbrauchs des öffentlichen Amtes“ – ein konstitutives Kriterium klassischer Korruptionsdefinitionen⁶ – scheint also nicht erfüllt.

In einem Vergleich aller postkommunistischen Transformationsstaaten bestimmen Hellman et al. das Ausmaß der genannten Interaktionsformen von Wirtschaft und Politik. Es mag überraschen, dass Russland nach den Kriterien ihrer Häufigkeit bzw. ihres Umfangs in allen Parametern lediglich durchschnittliche Werte erreicht (Tabelle 2). Dabei werden systematische Unterschiede deutlich: Wie in allen betrachteten Ländern sind auch in Russland „einflussreiche Firmen“ (*influential firms*) in der Regel ehemals staatliche Großunternehmen, die über bedeutende Marktanteile und hinreichend gesicherte *property rights* verfügen sowie enge (formale bzw. informelle) Beziehungen zum Staat unterhalten. Die politisch bedeutsamsten unter ihnen werden sogar durch „innere Lobbyisten“ in Gestalt von Ressortministern repräsentiert, die größere Abschnitte ihrer vorpolitischen Karriere in diesen Unternehmen zurückgelegt haben (für Details vgl. die Fallstudien bei Pleines 2003). Die *influential firms* sind daher meist „the classic incumbents inherited from the previous communist system“ (Hellman et al. 2000: 3). Sie können an Einflussstrategien festhalten, die an den sowjetischen informellen Lobbyismus (Styckow 2003: 52–60) anknüpfen, wenn nicht gar auf überlebende oder rekonstituierte interpersonelle Verflechtungsnetzwerke zwischen den politisch-administrativen Entscheidern und der Wirtschaft zurückgreifen.

Korumpierende *captor firms* sind im Gegenteil eher genuin staatsferne De-novo-Unternehmen, die stärkerem Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind und deren Eigentumsrechte unsicherer

⁴ Ich bleibe im Folgenden bei den englischsprachigen Termini, da in die deutsche Diskussion bisher kein (für *state capture*) bzw. kein hinreichend präziser (für *influence*) Ausdruck eingeführt worden ist (vgl. auch Philip 2002: 28, Fn. 7).

⁵ Die Kategorie *influence* wurde absichtlich offen in Bezug auf die potentiellen „Einfluss“-Formen von Unternehmen auf politische Institutionen (Regierung, Parlament, Ministerien, Regulierungsbehörden) formuliert; Schlüsse auf diese ergaben sich hingegen aus den Befunden (siehe weiter unten).

⁶ *Transparency International* definiert Korruption als „the misuse of public power for private benefits, e.g., bribing of public officials, taking kickbacks in public procurement or embezzling public funds“ (Lambsdorff 1998: 88), vgl. ähnliche politikwissenschaftliche Begriffsbestimmungen (Friedrich 1966: 74, Huntington 1968: 59, Nye 1967: 419).

Tabelle 2

State Capture, Influence und administrative Korruption in Russland und den post-kommunistischen Transformationsländern

	Captor Firms ¹	Influential Firms ²	Administrative Korruption ³
	In % der Firmen		In % des Umsatzes
Russland	9	7	2,8
Durchschnittswert (22 Transformationsstaaten)	9	7	3
Höchster Wert	24 (Aserbaidshan)	14 (Lettland, Moldawien, Ukraine)	4,6 (Armenien)
Niedrigster Wert	2 (Weißrussland, Usbekistan)	1 (Aserbaidshan)	1,1 (Kroatien)
Ähnlichster Wert im Vergleich zu Russland	8 (Georgien), 10 (Kroatien, Slowenien)	7 (Kirgisistan)	2,8 (Litauen), 3,1 (Kasachstan)

Ausgewertet wurden die Antworten auf folgende Fragen:

1 „How often do firms like yours nowadays need to make extra, unofficial payments to public officials to influence the content of new laws, decrees and regulations?“

2 „When a law, rule regulation or decree is being discussed that could have a substantial impact on your business, how much influence does your firm typically have at the national level of government to try to influence the content of law, rule regulation or decree?“

3 „What percent of revenues do firms like yours typically pay per annum in unofficial payments to public officials?“

Quelle: Zusammenstellung nach Hellman et al. (2000: 7, 11).

erscheinen. Sie verfügen kaum über gewachsene Beziehungen zu staatlichen Institutionen. Bestechung ist damit eine alternative „zweitbeste“ Strategie der Interessenverfolgung, die gewählt wird, weil die betreffenden Firmen keine Möglichkeiten der „nicht monetären“ Einflussnahme „geerbt“ haben oder aufbauen konnten.

Um die Relevanz von *captor firms* für die Formulierung der Spielregeln zwischen Wirtschaft und Politik abzuschätzen, bewerten Hellman et al. in einem zweiten Schritt die wahr-

Tabelle 3

Auswirkungen von politischer Korruption auf die Geschäftstätigkeit

Anteil von Firmen, die diese als „significant“ und „very significant“ bewerteten, in %

Aktivität	Russland	Durchschnitt (22 Länder)	Niedrigste Werte		Höchster Wert Aserbaidshan
			Usbekistan	Slowenien	
Stimmenkauf im Parlament	35	21	5	8	41
Kauf von Präsidialdekreten	32	18	4	5	48
Fehlallokation von Fonds der Zentralbank	47	23	8	4	39
Kauf von Gerichtsentscheidungen:					
In Strafrechtssachen	24	18	5	6	44
In Geschäftssachen	27	18	9	6	40
Illegale Zahlungen an Parteien/in Wahlkämpfen	24	20	4	11	35
Capture Economy Index ¹	32	20	6	7	41
Klassifizierung	hoch	–	niedrig	niedrig	hoch

1 Ungewichteter Durchschnitt der genannten sechs Komponenten.

Quelle: Hellman et al. (2000: 9).

genommene Betroffenheit der Geschäftsaktivitäten durch den „Kauf“ von politischen Entscheidungen bzw. Entscheidungsträgern. Ihnen zufolge sieht sich ein Viertel bis fast die Hälfte der russischen Unternehmen erheblichen Auswirkungen durch Korruption in Exekutive, Legislative und Judikative ausgesetzt. Tabelle 3 resümiert die Befunde, wiederum im osteuropäischen Vergleich.

Russland erscheint dabei – ebenso wie Aserbaidschan, Bulgarien, Kroatien, Georgien, Kirgisistan, Lettland, Moldawien, Rumänien, die Slowakei und die Ukraine – als *high capture economy*. Allen diesen Ländern ist gemeinsam, dass sie nur „partielle Reformfolge“ in Politik und Wirtschaft aufweisen (Hellman et al. 2000: 10). Hier existieren ein privater Markt für staatliche Dienstleistungen und günstige Rent-seeking-Möglichkeiten für wenige. Dies, so Hellman et al., indiziert die Existenz eines „Spezl-Kapitalismus“ (*crony capitalism*): Die Einflusschancen von Wirtschaftsakteuren sind ungleich verteilt und privilegierten lediglich eine kleine Gruppe von Unternehmen.

3 Marktförmige und parochiale Korruption

Die Analyse, die in der zitierten Weltbank-Studie vorgelegt wird, bestätigt damit den eingangs skizzierten Eindruck eines zumindest im internationalen Vergleich brisanten Korruptionsproblems in Russland. Sie irritiert jedoch, weil sie einen anderen Aspekt nicht berücksichtigt, der das Bild vermutlich weiter verschärfen würde: Zwar wird eine Vorstellung über den hohen Stellenwert der Interessenverfolgung durch „marktförmige“ politische Korruption vermittelt, außer Acht gelassen bleibt jedoch jener Bereich einer möglichen „Kolonisierung“ des Staates durch die Wirtschaft, in dem Spielregeln klientelistisch ausgestaltet werden.

Das Problem besteht darin, dass die Kategorie *influence* als Alternative zu einem mit „Bestechung“ gleichgesetzten Begriff konzeptionalisiert ist,⁷ dabei aber qualitativ unterschiedliche Strategien der Interessenverfolgung ökonomischer gegenüber politischen Akteuren als dasselbe ansieht, deren Spektrum von durchaus regulärem und legitimem Firmenlobbyismus in Exekutive und Legislative bis hin zu so genannter „parochialer Korruption“ reicht. Dieser Begriff entstammt der älteren, anthropologisch geprägten Forschung, deren Korruptionskonzept breiter ist als das der *corruption economics*. Geschult in der Beobachtung der entsprechenden Phänomene in Entwicklungsländern, betrachtet sie Korruption im Sinne (monetärer) „Bestechung“ nur als eine der möglichen Spielarten des Phänomens: Sie vollzieht sich als „Marktkorruption“ in Gestalt eines unpersönlichen Prozesses, in dem der Meistbietende den erwünschten „Zuschlag“ durch den betreffenden staatlichen Entscheider erhält. „Parochiale Korruption“ stellt eine weitere Spielart dar, die den Zugang zu Politikern und Beamten auf einem anderen Wege sicherstellt – über den Einsatz von „ties of kinship, affection, caste, and so forth“ (Scott 1972: 88). „Illegale und intransparente private Zahlungen“ sind bei dieser Form nicht ausgeschlossen, bilden aber nicht das entscheidende Kriterium für das Zustandekommen korrupter Transaktionen.

⁷ Die Studie kommt sogar zu dem empirischen Befund, die Überlappung von (nichtkorrupten) „einflussreichen Firmen“ und korrumpierenden *captor firms* sei, wiewohl theoretisch keineswegs ausgeschlossen, außerordentlich gering (Hellman et al. 2000: 10–11). In der Logik meiner Argumentation verweist dies jedoch eher auf Messprobleme bzw. Probleme der Interpretation der Befunde.

Beide Spielarten von Korruption tragen zur Fehlallokation öffentlicher Ressourcen bei und fördern Rent-seeking-Verhalten. Dies wird lediglich auf unterschiedlichem Wege erreicht. Damit trifft eine der zentralen Begründungen für die Notwendigkeit der Bekämpfung von Korruption als eines Wachstumshindernisses (Murphy et al. 1993) auch für beide Formen zu.

In diesem Lichte belegt die Studie von Hellman et al. an erster Stelle die Bedeutung monetarisierter marktförmiger Korruption, die tatsächlich eine in Russland neue Strategie der Einflussnahme ökonomischer Akteure auf politische Entscheidungen ist. Gleichzeitig verweist sie auf die Bedeutung „nicht monetärer“ Beziehungsmuster zwischen Wirtschaft und Politik, ohne jedoch zur Klärung einer anderen Frage beitragen zu können: Inwiefern steht *influence* für lobbyistische Praktiken und Aushandlungsprozesse, die womöglich legalen und legitimen Gepflogenheiten in entwickelten Demokratien ähneln – oder eher für die Fortexistenz einer in der älteren Literatur ebenfalls als *capture* bezeichneten, allerdings nicht monetär vermittelten staatssozialistischen Tradition der Kolonisierung der Politik durch die Wirtschaft (Bunce 1983)? Deshalb lässt die Studie von Hellman et al. zwar Schlüsse auf veränderte „Formen“ der Korruption in postsozialistischen Gesellschaften zu, ein reforminduzierter genereller „Zuwachs“ an Korruption (in ihren unterschiedlichen Formen) folgt daraus jedoch nicht zweifelsfrei.

Zur Vorsicht gegenüber einfachen Schlüssen mahnt auch eine andere Beobachtung: Korruption ist in der gesamten Gruppe der Transformationsgesellschaften im globalen Vergleich relativ weit verbreitet, die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern erweisen sich jedoch als beträchtlich. Beide Beobachtungen lassen sich zum größten Teil plausibel auf historisch dimensionierte Faktoren zurückführen, insbesondere auf das allgemeine Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung und die Dauer demokratischer Herrschaftsformen. Die korruptionsfördernde Wirkung von „Reformfehlern“ relativiert sich damit ebenfalls (Treisman 2002, Lederman et al. 2002).

So gewendet, sind den Reformen der letzten anderthalb Jahrzehnte tatsächlich wesentliche Veränderungen zuzuschreiben, die allerdings vorrangig qualitativer Natur sind. Sie bestehen in der Ausbreitung und dem Bedeutungsgewinn einer monetarisierten und marktregulierten Form von Korruption in Politik und Verwaltung. Wenn man das Ausmaß „postkommunistischer Korruption“ demnach als Kollateralschaden der Transformation ansehen will, dann in diesem Sinne – als Teilaspekt der wachsenden Monetarisierung gesellschaftlicher Praktiken im Verlaufe der Wirtschaftsreformen. In der Begrifflichkeit der Interessenverfolgung ökonomischer Akteure gegenüber dem Staat reformuliert, bedeutet dies: *State capture*, die sich des Instruments der monetären Bestechung bedient, scheint sich als Alternative zum informellen, klientelistischen „Lobbyismus“ der Sowjetzeit entwickelt zu haben. Sie ist damit ein, freilich normativ unerwünschter, Indikator eines Systembruchs oder zumindest eines partiellen Systemwandels.

4 **Korruptionsdynamik im Verlaufe des gesellschaftlichen Wandels**

Im Rückblick wird die kommunistische Gesellschaft von denen, die sie größtenteils selbst erlebt haben, als vergleichsweise wenig korrupt angesehen. So waren im Jahre 2000 73 % der Russen der Auffassung, die Situation habe sich gegenüber dem vorangegangenen Regime verschlechtert, und nur 4 % gingen vom Gegenteil aus (Rose 2001: 311). Ob es sich dabei eher um einen Indikator für Enttäuschung angesichts der Ergebnisse der postkom-

munistischen Umverteilung als um einen faktischen Bedeutungszuwachs von Korruption handelt (Krastev 2001), bleibt unklar: Zum einen misst auch die quantitativ-komparative Korruptionsforschung das Phänomen nicht direkt, sondern als „Wahrnehmung“ durch (ausländische) Experten bzw. inländische Beobachter und Betroffene. Darüber hinaus existieren keine aussagekräftigen Zeitreihen über längere Zeiträume.⁸

Es ist freilich nicht zwingend, die wahrgenommene Zunahme von Korruption (ausschließlich) als Hinweis auf deren quantitative Ausbreitung zu interpretieren. Sie kann auch eine Reaktion der Bevölkerung auf qualitative Veränderungen in den letzten Jahren darstellen. Der Schlüssel zum Verständnis einer solchen Deutung liegt im Wandel der öffentlichen Bewertung privater Beziehungs- und Beschaffungsnetzwerke – eines der wichtigsten Instrumente, mit denen *influence* im Sinne der zitierten Weltbank-Studie geltend gemacht werden kann.

Die Grundlage solcher Netzwerke in der Sowjetgesellschaft bestand im informellen, reziproken Austausch von „Gefälligkeiten“ innerhalb von verzweigten Personennetzwerken aller Art, dem so genannten *blat*. Knappe Ressourcen öffentlicher Herkunft konnten damit aufgrund der unterschiedlichen Positionen von Netzwerkmitgliedern in der parteistaatlichen Hierarchie privatisiert, in private Konsumkreisläufe eingebracht und umverteilt werden (Ledeneva 1998: Kap. 1, Schwartz 1979). Zwar erscheint *blat* als „typische“, genauer gesagt parochiale Form der Korruption im Sozialismus, aber dies galt und gilt nur für Außenstehende: „Corruption was simply other peoples’ *blat*“ (Krastev 2001).

In der Innensicht der Beteiligten löste er sich hingegen in „Freundschaftsdienst“ und „Nachbarschaftshilfe“ auf, eine dem Schenken in der traditionellen Gesellschaft verwandte Beziehungspraxis (Ledeneva 1998, Oswald 2002).⁹ Das erklärt sich zum einen daraus, dass *blat* ursprünglich „eine lebensnotwendige Solidarisierung der von der Kommando- und Defizitwirtschaft Betroffenen darstellte“ (Oswald 2002: 56). Die Aspekte der „privaten Vorteilsnahme“ aus einem gesellschaftlichen Ressourcenfonds und der „berechnenden Gegenseitigkeit“ wurden dadurch verhüllt, zumal Geld als Zahlungsmittel kaum eine Rolle spielte. Diese private Beziehungspraxis zielte auf die Korrektur von Mängeln des „Systems“, die eine „ungerechte“ Güterzuteilung verursacht hatten. Zum anderen verhielt sich auch die veröffentlichte Meinung ambivalent zu diesem Phänomen, da der Parteistaat den informellen Austausch zwecks Unterwanderung der offiziellen Entscheidungen und Entscheidungsstrukturen oft nicht verfolgte, wenn die damit verbundene Regelverletzung als nützlich, etwa für die Aufrechterhaltung der Produktion, angesehen wurde (Feldbrugge 1984, Schwartz 1979).

Im Verlaufe des Systemzusammenbruchs und der nachfolgenden Reformen hat *blat* an Bedeutung verloren und zudem substantielle Veränderungen erfahren. Erstens wird er durch

⁸ Entsprechende Daten wurden erst seit Mitte der 80er Jahre erhoben. Für Russland lassen sie zwar den Schluss einer „objektiven“ Verschlechterung der Situation zu, jedoch steht nur eine einzige Quelle zur Verfügung (ICCR 2004). Kumulativ für Osteuropa und Mittelasien gibt es unsichere Hinweise auf einen Kurvenverlauf mit Korruptionswerten, die von 1989 bis 1995 unter den Niveaus in den vorangegangenen und nachfolgenden Zeiträumen liegen (Lederman et al. 2002: 19–20). Die Bevölkerung in diesen Ländern neigt insgesamt der Auffassung zu, die Korruption habe seit dem Systemwechsel zugenommen (Rose 2001).

⁹ In der Literatur ist umstritten, ob *blat* als Synonym für Korruption steht. Ich schließe mich der Auffassung an, die diese Gleichsetzung ablehnt (Ledeneva 1998, Oswald, anders aber: Jowitt 1983, Mildner 1995) und auf die Schwierigkeiten der Differenzierung zwischen „korrupten“ und „klientelistischen“ Praktiken verweist. *Blat* schließt parochiale Korruption sicherlich ein, erschöpft sich jedoch nicht darin (Styckow 2003: 55–57).

Bestechung verdrängt oder ergänzt. Damit schwindet die Glaubwürdigkeit seiner Rechtfertigung als „Schenkungs“. Zweitens verliert *blat* seine Funktion: Es geht nicht mehr um die Herstellung ausgleichender Gerechtigkeit. Nur die Beziehungen ressourcenstarker Akteure erweisen sich als mächtig, die Netze schwächerer Akteure hingegen sind wirkungslos. *Blat* wird damit zu einer Ressource nur noch „der anderen“, mithin zu einem Synonym für „Korruption“.

Als Zwischenresümee lässt sich damit festhalten, dass es gute Gründe gibt, hinter der undifferenzierten Wahrnehmung der im postsowjetischen Russland ausufernden Korruption mehrere Phänomene zu vermuten:

1. eine beträchtliche Ausbreitung von Marktkorruption,
2. die Monetarisierung parochialer Korruption und
3. die allgemeine Delegitimierung von *blat*, was diesen eindeutiger als (parochiale) Korruption erscheinen lässt.

Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist freilich eine weitere gegenläufige Entwicklungstendenz zu beobachten: Es gibt Hinweise darauf, dass sich Bestechung gewissermaßen „retraditionalisiert“, d. h. dass der Kauf von politischen und administrativen Entscheidungen (wieder) in Beziehungsnetzwerke eingebunden wird.

Aus den Beobachtungen von Radaev (2000) lässt sich für die administrative Korruption in Russland folgende Entwicklungsdynamik rekonstruieren, die auch für die im engeren Sinne politische Korruption angenommen werden kann: Die Ausbreitung marktförmiger Korruption in den frühen 90er Jahren war eine Folge der institutionellen Reformen, weil sie eine Vielzahl neuer Akteure in Politik, Verwaltung und Wirtschaft hervorbrachten und die bis dahin geltenden informellen Regeln der Kompensation von „Gefälligkeiten“ (z. B. entsprechend der jeweiligen Hierarchieposition) infrage stellten.

Insbesondere in den höheren Etagen der staatlichen Hierarchien erwies sich die monetäre Korruption jedoch als „primitive“ frühe Phase der (Neu-)Entstehung informeller Beziehungsnetzwerke. Ihr folgte die Wiederbelebung parochialer Formen bzw. von *influence*: Für das Entgegenkommen des Amtsinhabers erweist sich der begünstigte Unternehmer nun nicht mehr nur in Form von Bargeld oder von Geschenken erkenntlich, sondern er schließt Verträge mit Firmen ab, die ebenfalls unter der Patronage des betreffenden Staatsdieners stehen bzw. versorgt dessen Verwandte und Freunde mit knappen Gütern, Arbeitsplätzen usw. Die korrupten Transaktionen werden nun nicht mehr nur im Tausch gegen unmittelbare und monetäre Gegenleistungen vollzogen, sondern veranlassen den Beamten auf längere Sicht zu Handlungen zugunsten des Unternehmers, sobald sich dafür günstige Gelegenheiten oder ein spezieller Bedarf ergeben.

Diese „Retraditionalisierung“ von Korruption erfüllt eine einfache Funktion: Es geht um die (Wieder-)Herstellung von Erwartungssicherheit in den Interaktionen zwischen Wirtschaftsakteuren und Verwaltung bzw. Politik. Die dramatische Ausbreitung von monetärer Korruption zu Beginn der 90er Jahre hatte sich chaotisch vollzogen: Preise mussten zunächst ausgehandelt werden, korrupte Verträge ermangelten der Durchsetzbarkeit und wurden häufig gebrochen. Inzwischen jedoch haben sich allgemein anerkannte Spielregeln etabliert, Preise stabilisierten sich, und die vereinbarten Leistungen werden verlässlich erbracht. Damit einher geht die Herausbildung ausgedehnter und stabiler Korruptionsnetz-

werke, die ihrerseits in die weitere Verbreitung korrupter Praktiken investieren (Satarov 2001). Wenn russische Unternehmer Korruption also zwar als allgegenwärtiges Phänomen bezeichnen, die Hälfte von ihnen ihm jedoch keine oder kaum eine Problembedeutung beimisst, so kann das an den Vorzügen einer „geregelten Regelverletzung“ liegen, die durch die Einbettung in informelle Netzwerke erreicht wird (Pleines 1999).

Was bedeutet dies nun für die eingangs dargestellte Unterscheidung von *state capture* und *influence*? Die in der Weltbank-Studie verwendeten Differenzierungskriterien werden ungenau, wenn nicht falsch. Wo nicht nur Geld, sondern auch andere Gefälligkeiten getauscht werden und wo Inhaber öffentlicher Positionen in klientelistische Netzwerke integriert sind, gerät das Allokationskriterium von Renten als Unterscheidungsmerkmal in Zweifel: Es ist keineswegs mehr sicher, dass *influence* (anders als *state capture*) lediglich Unternehmen begünstigt, nicht jedoch auch den involvierten Staatsbediensteten persönliche Vorteile verschafft. Deshalb ist es irreführend, wenn Hellman et al. diese beiden Beziehungstypen zwischen Wirtschaft und Staat als Alternativen in Bezug auf „Korruption“ konzeptionalisieren, weil sie es lediglich in Bezug auf „Bestechung“, d. h. den Einsatz von Geld als Kompensation für „illegitime“ administrative oder politische Entscheidungen, sind. Nicht alle, aber viele der Erscheinungsformen von *influence* sind – ebenso wie *capture* – Formen von Korruption. Sie stellen Strategien der Interessenverfolgung von Wirtschaftsakteuren gegenüber dem Staat dar, die sich der unterschiedlichen Ressourcen bedienen, über die sie im dafür nötigen Umfang verfügen.

5 Korruptionsbekämpfung und die „Zivilisierung“ der Interessenverfolgung

Für Programme der Korruptionsbekämpfung hat diese Einsicht weitreichende Folgen. Selbstverständlich kommt allen Maßnahmepaketen, angefangen bei der Einrichtung von Monitoringagenturen über die Förderung von *good governance* im öffentlichen Dienst bis zur Stärkung von Prinzipien der Marktallokation (z. B. Abed und Davoodi 2000, World Bank 2000), grundsätzliche Bedeutung zu. Gleichzeitig läuft diese Perspektive der *corruption economics* Gefahr, sich auf die Eindämmung von monetarisierten Erscheinungsformen der Korruption zu beschränken und beschränken zu müssen.

Versucht man aber, *state capture* und *influence* gleichermaßen gerecht zu werden, ist eine Erweiterung des Problemhorizonts zwangsläufig. Sie hat eine genuin politische Dimension: Es geht um die Aushandlung von Spielregeln zwischen politischen und ökonomischen Akteuren, die es Unternehmern ermöglichen, ihre Belange gegenüber dem Staat als legitime Interessen zu vertreten. Sie müssen sie aus Positionen der „Staatsferne“ an die Politik herantragen können – über institutionalisierte, prozedural verlässliche Kanäle. Deren Ausgestaltung muss die Verfolgung und Sanktionierung von Versuchen begleiten, die unmittelbar auf *alle* Formen der Korruption zielen.

Damit wird ein höchst brisantes Problem berührt: die Abgrenzung von legalen und illegalen Formen der Interessenverfolgung gegenüber der Politik. Betrachtet man die etablierten westlichen Demokratien und die auch dort von Zeit zu Zeit aufbrechenden Korruptionsskandale, wird offenbar, wie prekär, meist juristisch unterreguliert und kontextabhängig, solche Abgrenzungen selbst dort sind. Sie haben erst seit den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts spürbaren Niederschlag in nationalen Gesetzgebungen und internationalen Konventionen gefunden und sind in dem Sinne lückenhaft, dass sie eher technische als

grundsätzliche Probleme der Mitwirkung von Partikularinteressen an der Politikformulierung und -implementierung bearbeiten. Ein Blick auf Regulierungsinstrumente wie den US-amerikanischen *Lobbying Disclosure Act* von 1995 und die „Lobby-Liste“ des Deutschen Bundestages zeigt, dass sie sich auf die Registrierung von Lobby-Akteuren und die Herstellung von Transparenz ihrer Tätigkeit in den legislativen Organen konzentrieren. (Korruptions-)Kontrolle wird dabei weniger auf administrativem Wege hergestellt als durch Publizität des Handelns.

Damit werden Ansprüche an ein umfassendes Programm der Korruptionsbekämpfung auch in Russland deutlich: Es setzt institutionelle Reformen voraus, die auf die Ausdifferenzierung von Politik und Wirtschaft gerichtet sind. Marktreformenten im Sinne der Korporatisierung und Privatisierung von Unternehmen sind nur einer der Aspekte der Konstituierung von unabhängigen Wirtschaftsakteuren, die es im Staatssozialismus nicht gab. Ein weiterer Aspekt besteht in der Herstellung ihrer politischen Autonomie und der Etablierung von Vermittlungsstrukturen, die es sowohl den Unternehmen selbst als auch ihren kollektiven Interessenrepräsentanten erlauben, als legitime Akteure im politischen Raum aufzutreten und rechenschaftspflichtig zu sein.

In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten sind hierbei in Russland durchaus Fortschritte erzielt worden, die jedoch widersprüchlich bleiben (Stykov 2003: 286–291). Für ein Gesetz über den Lobbyismus etwa sind bereits mehrere Entwürfe vorgelegt worden, die jedoch die Barriere der parlamentarischen Anhörung nie überwinden konnten. Eine erstaunliche Vielzahl von Unternehmerverbänden ist entstanden, die allerdings nicht nur von begrenzter politischer Relevanz sind, sondern auch von beschränkter Autonomie – im Extremfall erweisen sie sich als Nebenorganisationen von Ministerien, Bestandteile interpersoneller Koalitionen oder auch als „Broker“, die (korrupte) Interaktionen zwischen individuellen Unternehmern und politischen Entscheidern vermitteln. Konsultative Gremien, die insbesondere seit Putins Amtsantritt bei vielen Ministerien und beim Präsidenten selbst ins Leben gerufen worden sind, werden von staatlichen Akteuren dominiert. Sie laufen ständig Gefahr, Unternehmer in die Rolle von Bittstellern zu zwingen und zu Arenen für (parochiale) Korruption zu werden. Kurz gesagt: Es zeigt sich, dass scheinbar moderne Formen der Interessenrepräsentation und -aushandlung, deren Funktion auch darin besteht, mit der Transparenz lobbyistischer Bemühungen deren gesellschaftliche Akzeptanz zu verbessern, in ihrem Zweck gewendet werden: Sie verschaffen „handverlesenen“ Wirtschaftsakteuren einen privilegierten Zugang zu Entscheidungsträgern und können damit sogar korruptionsfördernd wirken.

Verursacht wird dies dadurch, dass die betreffenden Institutionen nicht auf demokratieförderlichen Funktionsvoraussetzungen beruhen: Die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik sind bisher nicht eindeutig als solche zwischen autonomen, funktional getrennten Teilbereichen der Gesellschaft definiert worden. Anknüpfend an nicht nur sowjetische, sondern auch vorrevolutionäre Traditionen ist der Staat noch immer versucht, legitimiert durch eine Rhetorik des „nationalen Interesses“ das Primat der Politik über die Wirtschaft (wieder) zu errichten. Exemplarisch illustriert wird dies durch das Schicksal des ehemaligen „Jukos“-Vorstandsvorsitzenden Michail Chodorkovskij. Das Vorgehen gegen ihn ist die Kehrseite einer seit dem Amtsantritt Putins explizit verfolgten Strategie, als Gegenleistung für die Gewährung wirtschaftlicher Handlungsfreiheit die politische Loyalität der Geschäftswelt einzufordern.

Zum einen bedeutet dies, dass die Rechtsmittel, die zur Bekämpfung von Wirtschaftsvergehen – darunter Korruption – zur Verfügung stehen, nicht mit prozeduraler Zwangsläufigkeit eingesetzt werden, sondern willkürlich und aus machtpolitischen Erwägungen. Die Handlungsumwelt von Wirtschaftsakteuren bleibt damit unberechenbar und wird von diesen nach Möglichkeit durch den Aufbau interpersoneller Netzwerke abgesichert, in die Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung eingebunden sind. Dass marktförmige, besonders aber parochiale Korruption dabei eine wichtige Rolle spielt, folgt aus der gesamten Argumentation des vorliegenden Beitrags. Die Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Akteure schränkt die Möglichkeiten, dieses Phänomen erfolgreich zu bekämpfen, substantiell ein.

Zum anderen ist die Legitimität partikularer Interessen, die von einem angenommenen Gemeinwohl abweichen, in der russischen Gesellschaft (noch) nicht akzeptiert. Sie steht nicht nur aufgrund der öffentlichen Wahrnehmung eines *state capture* durch Großunternehmer infrage, die ihren Reichtum kriminellen Methoden der Aneignung von *property rights* verdanken. Auch das staatssozialistische Erbe wirkt fort, das Interessenhomogenität innerhalb der Gesellschaft für normativ erwünscht und unter der Ägide des Staates für realisierbar hält. Diese Deutung integriert sich in ein traditionell obrigkeitsstaatliches Verständnis, das weit in die russische Geschichte zurückreicht. Partikulares Interessenhandeln gilt dabei als Eingriff in die Belange des Staates. Erfolgreiche Versuche, von diesem „erhört“ zu werden, stehen daher generell unter dem Verdacht, durch Bestechung (oder *blat*) erzielt worden zu sein.

Die unvollendete öffentliche Diskussion und die immer wieder dramatische Formen annehmenden Aushandlungsprozesse zwischen starken Wirtschaftsinteressen und den zentralen Organen der Exekutive sind nicht nur Manifestationen von Auseinandersetzungen um die Definition des Verhältnisses zwischen Politik und Wirtschaft, sondern von Staat und Gesellschaft insgesamt. Die vergangenen und womöglich künftigen Auseinandersetzungen zwischen Putin und den „Oligarchen“ werden um die Legitimität partikularer Interessen überhaupt – und damit auch um die Institutionalisierung politischer Teilhabe nicht staatlicher Akteure an der gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsproduktion – geführt und um die Formen, die diese Teilhabe annehmen kann.

Keht man nun vom allgemeinen Thema demokratischer Institutionenbildung auf das Korruptionsproblem in Russland zurück, so wird der enge Zusammenhang zwischen Demokratie im politischen System und geringer Korruptionsneigung in Wirtschaft und Gesellschaft deutlich: Neben der gesellschaftlichen Akzeptanz von Interessendiversität sind es an erster Stelle institutionelle Verfahren der Interessenverfolgung, die Korruption generell eindämmen, weil sie die Transparenz interessengeleiteten Handelns erhöhen, faire Zutrittschancen zum politischen Entscheidungssystem eröffnen und die Einhaltung von Regeln erzwingen.

Die neoautoritären Kompetenzansprüche des russischen Staates unter Putin werden sich mit großer Sicherheit in Kampagnen zur Korruptionsbekämpfung niederschlagen und darin Erfolge nach sich ziehen, die namentlich im Rückgang von marktförmiger Korruption zum Ausdruck kommen. Zwar wird dem russischen Präsidenten bisher zögerliches Vorgehen vorgeworfen (Shlapentokh 2003), dies könnte jedoch bereits überholt sein. Kurz- und mittelfristig ist mit rhetorischen, wahrscheinlich auch politisch-rechtlichen Aktivitäten zu rechnen, weil dies im Einklang mit Putins Bestreben steht, den fragmentierten Staat zu

rezentralisieren. Auf der Ebene der Daten könnte sich dies im Erfolgsfall als Rückgang von *state capture* widerspiegeln – es ist aber zu bezweifeln, dass damit auch parochiale Korruption als wesentliches Element von *influence* eingedämmt wird. Für die Bekämpfung von Korruption in diesem umfassenden Sinne des Wortes stehen die Aussichten auch künftig eher schlecht. Sie wäre ein Nebeneffekt von Demokratisierungsprozessen, die sich gegenwärtig nicht abzeichnen.

Literaturverzeichnis

- Abed, George T. und Hamid R. Davoodi (2000): *Corruption, Structural Reforms, and Economic Performance in the Transition Economies*. IMF Working Paper WP/00/132, Washington, D.C.
- Alemann, Ulrich von und Ralf Kleinfeld (1992): Begriff und Bedeutung. In: Artur Benz und Wolfgang Seibel (Hrsg.): *Zwischen Kooperation und Korruption. Abweichendes Verhalten in der Verwaltung*. Baden-Baden, Nomos, 259–282.
- Bunce, Valerie (1983): The Political Economy of the Brezhnev Era: The Rise and Fall of Corporatism. *British Journal of Political Science*, 13, 129–158.
- Feldbrugge, F. J. M. (1984): Government and Shadow Economy in the Soviet Union. *Soviet Studies*, 36 (4), 528–543.
- Friedrich, Carl (1966): Political Pathology. *The Political Quarterly*, Januar–März, 70–85.
- Frye, Timothy (1998): Corruption: The Polish and Russian Experiences. Economic Perspectives. *USIA Electronic Journal*, 3 (5). Download unter: www.usinfo.state.gov/journal/ites/119/ijee/frye.htm (Stand: 06.06.2000).
- Frye, Timothy (2002): Capture or Exchange? Business Lobbying in Russia. *Europe-Asia Studies*, 54 (7), 1017–1036.
- Hellman, Joel S. (1998): Winners Take All: The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions. *World Politics*, 50 (2), 203–234.
- Hellman, Joel S., Geraint Jones und Daniel Kaufmann (2000): „Seize the State, Seize the Day“: State Capture, Corruption and Influence in Transition. World Bank Policy Research Working Paper 2444. Washington, D.C.
- Holmes, Leslie (2000): Funktionen und Dysfunktionen der Korruption und ihrer Bekämpfung in Mittel- und Osteuropa. In: Jens Borchert (Hrsg.): *Politische Korruption*. Opladen, Leske + Budrich, 117–184.
- Huntington, Samuel P. (1968): *Political Order in Changing Societies*. New Haven, Yale University Press.
- ICCR (2004): Internet Center for Corruption Research: Corruption Perceptions Index. Historical Comparisons. Download unter: www.user.gwdg.de/~uwwv/corruption.cpi_olderindices_historical.html (Stand: 30.01.2004).
- Johnson, Simon, Daniel Kaufmann, John McMillan und Christopher Woodruff (2000): Why Do Firms Hide? Bribes and Unofficial Activity after Communism. *Journal of Public Economics*, 76, 495–520.
- Jowitt, Ken (1983): Soviet Neotraditionalism: The Political Corruption of a Leninist Regime. *Soviet Studies*, 35 (3), 275–297.
- Kaufmann, Daniel (1997): Corruption: The Facts. *Foreign Policy*, 107, 114–131.
- Krastev, Ivan (2001): A Moral Economy of Anti-Corruption Sentiments in Transition. Download unter: www.wiiw.ac.at/balkan/files/Krastev.pdf (Stand: 14.07.2003).
- Lambsdorff, Johann (1998): Corruption in Comparative Perception. In: Arvind K. Jain (Hrsg.): *Economics of Corruption*. Boston, Kluwer Academic Publishers, 81–109.

- Lambsdorff, Johann Graf (2002): 2002 Corruption Perceptions Index. In: Transparency International (Hrsg.): *Global Corruption Report 2003*, 262–265. Download unter: www.globalcorruptionreport.org/download/gcr2003/24_Data_and_research.pdf (Stand: 31.01.2004).
- Ledeneva, Alena V. (1998): *Russia's Economy of Favours: Blat, Networking and Informal Exchange*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Lederman, Daniel, Norman Loayza und Rodrigo R. Soares (2002): Accountability and Corruption: Political Institutions Matter. Download unter: www.wam.umd.edu/~soares/Corruption%20Sept02.pdf (Stand: 10.06.2003).
- Mildner, Kirk (1995): Korruption in Rußland: Wurzeln, Effekte und Strategien. In: Hellmut Wollmann, Helmut Wiesenthal und Frank Bönker (Hrsg.): *Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs*. Leviathan Sonderheft 15. Opladen, Westdeutscher Verlag, 346–364.
- Murphy, Kevin, Andrei Shleifer und Robert W. Vishny (1993): Why is Rent-Seeking so Costly to Growth? *American Economic Review*, 83 (2), 409–414.
- Nye, Joseph S. (1967): Corruption and Political Development: A Cost-Benefit Analysis. *American Political Science Review*, 61, 417–427.
- Oswald, Ingrid (2002): Elemente einer Theorie der offenen Hand. Zur Verbindung von Korruptions- und Gesellschaftsanalyse am Beispiel Russlands. In: Harald Bluhm und Karsten Fischer (Hrsg.): *Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht*. Baden-Baden, Nomos, 41–65.
- Philp, Mark (2002): Korruption, Kontrolle und Konvergenz: Die Grenzen der Globalisierung. In: Harald Bluhm und Karsten Fischer (Hrsg.): *Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht*. Baden-Baden, Nomos, 23–40.
- Plaines, Heiko (2003): *Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära (1994–99)*. Münster.
- Pritzl, Rupert F.J. (1998): Korruption, Rent-Seeking und organisiertes Verbrechen in Russland. *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, 24 (2), 198–218.
- Radaev, Vadim (2000): Corruption and Violence in Russian Business in the Late 1990s. In: Alena V. Ledeneva und Marina Kurkchiyan (Hrsg.): *Economic Crime in Russia*. The Hague, Kluwer Law International, 63–82.
- Rose, Richard (2001): New Europe Barometer. In: Robin Hodess (Hrsg.): *Transparency International: Global Corruption Report 2001*. Berlin, Transparency International, 310–312. Download unter: www.globalcorruptionreport.org (Stand: 11.06.2003).
- Satarov, Georgij (Hrsg.) (2001): *Diagnostika rossijskoj korrupcii: sociologičeskij analiz. Moskau: INDEM*. Download unter: www.anti-corr.ru/awbreport (Stand: 22.01.2004).
- Schwartz, Charles A. (1979): Corruption and Political Development in the USSR. *Comparative Politics*, 11 (4), 425–443.
- Scott, James C. (1972): *Comparative Political Corruption*. Englewood Cliffs, N.J., Prentice-Hall.
- Shlapentokh, Vladimir (2003): Russia's Acquiescence to Corruption Makes the State Machine Inept. *Communist and Post-Communist Studies*, 36, 151–161.
- Shleifer, Andrei und Robert W. Vishny (1993): Corruption. *The Quarterly Journal of Economics*, 108 (3), 599–617.
- Stykow, Petra (2003): *Wirtschaft und Politik in Russland: Politische Interessenvermittlung und die Institutionalisierung von Märkten*. Unveröffentlichte Habilitationsschrift. Humboldt-Universität zu Berlin.

- TI (2003): *Transparency International Corruption Perceptions Index 2003*. Download unter: www.transparency.org/pressreleases_archive/2003/2003.10.07.cpi.en.html (Stand: 22.01.2004).
- Treisman, Daniel (2002): *Postcommunist Corruption*. Download unter: www.cas.uchicago.edu/workshops/cpolit/Postcommunist%20Corruption%20August%202002.doc (Stand: 10.06.2003).
- Varese, Federico (2000): Pervasive Corruption. In: Alena V. Ledeneva und Marina Kurkchian (Hrsg.): *Economic Crime in Russia*. The Hague, Kluwer Law International, 17–30.
- WBES (2000): *The World Business Environment Survey 2000*. Washington, D.C., The World Bank Group. Download unter: www.info.worldbank.org/governance/wbes/ (Stand: 22.01.2004).
- World Bank (Hrsg.) (2000): *Anticorruption in Transition: A Contribution to the Policy Debate*. Download unter: www.worldbank.org/wbi/governance/pdf/contribution.pdf (Stand: 10.10.2003).